

aus: „wohnungslos“ Ausgabe 4. Quartal / 2002

Verbessertes Grundlagenwissen als Voraussetzung zur Bekämpfung von Wohnungsnot – das Programm des Forschungsverbundes „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“

Institut Wohnen und Umwelt/Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Frauenforschung/Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung

Entstehung des Forschungsverbundes

Anlass für die Initiierung des Forschungsverbundes durch die BAG Wohnungslosenhilfe waren mehrere Gründe:

- Praxis und Forschung zu Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe stehen vor neuen Anforderungen, die durch wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politisch-administrativen Wandel hervorgerufen werden. Die sich in diesem Kontext abzeichnenden Veränderungen auch in der Zusammensetzung der Zielgruppen sozialer Wohnungspolitik und des Hilfesystems bedürfen genauer Aufklärung, um bedarfs- und lebenslagengerecht intervenieren und sozialer Ausgrenzung begegnen zu können. Trotz allgemein entspannter Lage auf dem Wohnungsmarkt ist das Angebot an erschwinglichem Wohnraum nach wie vor knapp. Bei zunehmender Einkommensdifferenzierung und Verfestigung von Arbeitslosigkeit wird es daher für ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen noch schwieriger werden, angemessenen Wohnraum zu finden. Die Wohnungspolitik ist zwar dabei, sich stärker auf die Bevölkerungsgruppen einzustellen, die sich nicht aus eigener Kraft am Wohnungsmarkt versorgen können. Über die Auswirkungen des neuen Wohnraumförderungsgesetzes auf die Wohnungsversorgung unterstützungsbedürftiger Haushalte – zu denen ausdrücklich auch Wohnungslose gezählt werden – lässt sich jedoch noch nichts sagen. Auch das System sozialer Hilfen ist mit veränderten Anforderungen konfrontiert und befindet sich in einem Umstrukturierungsprozess. Dies alles bedarf einer umfassenden Untersuchung.
- Neuere Forschungsprojekte – wie etwa zur Verbreitung von Wohnungslosigkeit, zur Machbarkeit einer Wohnungsnotfallstatistik oder zu den Voraussetzungen und Wirkungen sozialer Wohnprojekte – haben zwar wichtige Erkenntnisse in Teilbereichen erbracht, konnten aber die Randstellung des Themenkomplexes in der Forschung nicht ausgleichen. Dies zeigt sich an mangelndem aktuellem Grundlagenwissen sowohl auf der Entstehungsebene der Wohnungsnotfallproblematik als auch auf der Interventionsebene. Dringend erforderlich ist deshalb eine integrative Betrachtung des Phänomens, um die Wechselwirkungen zwischen den Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, der Wohnungsversorgung verschiedener Bevölkerungsgruppen, den veränderten Unterstützungsbedarfen der von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Bevölkerungsgruppen und der Ausgestaltung der Hilfen in Wohnungsnotfällen analysieren zu können.
- Schließlich gilt es zu verhindern, dass Wohnungslosigkeit im Zuge des Abbaus der allgemeinen Wohnungsnot und auch des Rückgangs der Zahl der Wohnungslosen wieder zu einem politischen Randthema verkommt. Die Versorgung einer nach wie vor bedeutenden Anzahl von Personen bzw. Haushalten in unterschiedlichen Wohnungsnotsituationen mit Normalwohnraum ist angesichts allgemein entspannter Wohnungsmärkte eine Aufgabe, der sich Politik und Praxis – in der Sozialarbeit wie in der Wohnungswirtschaft – gemeinsam stellen müssen.

Diese Ausgangslage nahm die BAG Wohnungslosenhilfe 1999 zum Anlass, einen Forschungsprozess zu initiieren. Es beteiligten sich drei Forschungsinstitute, die mit ihren bisherigen Arbeiten einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung der Wohnungslosenproblematik geleistet und sich insgesamt seit langer Zeit mit dieser Thematik auseinandergesetzt haben. Jedes Institut steht stellvertretend für einen wesentlichen Teilaspekt dieses Forschungsfeldes. Das Institut Wohnen und Umwelt (IWU) hat in der Vergangenheit zahlreiche Untersuchungen zu den Rahmenbedingungen der Wohnungsversorgung und zur Entwicklung sowie den Konsequenzen bestimmter Angebotsformen für benachteiligte Haushalte durchgeführt. Die Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche

Frauenforschung (GSF e. V.) hat u. a. Unterstützungsbedarfe und Lebenslagen von (wohnungslosen) Frauen untersucht. Die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V. (GISS) beschäftigt sich seit Jahren mit verschiedenen Aspekten der Wohnungsnotfallproblematik, insbesondere auch mit Aufbau und Wirksamkeit der Hilfesysteme in Wohnungsnotfällen in Deutschland.

Zunächst entwickelten die drei Institute, mit finanzieller Unterstützung der von Bodelschwingschen Anstalten, eine Konzeption für ein gemeinsames Forschungsvorhaben, das die vorhandenen Forschungslücken schließen soll. Bereits bei der Kooperation in der Initiierungsphase zeigten sich die wissenschaftlichen und innovativen Potenziale, die mit der integrativen Behandlung des Themas verknüpft sind. Die Forschungskonzeption ist im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) deshalb auf großes Interesse gestoßen, zumal damit im Kontext des Forschungsprogrammes „Bauen und Wohnen“ ein drängendes, aber vernachlässigtes gesellschaftliches Problem aufgegriffen wurde. Anfang 2001 wurde das Vorhaben durch einen Beirat beim BMBF grundsätzlich befürwortet. Nach einem intensiven ressortübergreifenden Abstimmungsprozess konnte mit dem Forschungsvorhaben im September 2001 begonnen werden. Die Laufzeit ist auf drei Jahre angesetzt.

Gesamtziel des Forschungsverbundes

Das Gesamtziel des Forschungsverbundes ist die interdisziplinäre Erarbeitung von Grundlagen- und Orientierungswissen für eine zukunftsgerechte Planung und Gestaltung der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Ausgangspunkt ist die "Vision" von einer weitgehenden Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot und die Integration der Betroffenen in "normale" Wohn- und Lebensbezüge. Die "Hilfe zur Wohnung" als Grundvoraussetzung sozialer Integration wird dabei als eine zentrale und gemeinsame Herausforderung an Wohnungs- und Sozialpolitik angesehen. Im Einzelnen geht es um

- die Erarbeitung von integriertem Grundlagenwissen zur Erklärung der Wohnungsnotfallproblematik (Theoriebildung),
- die Bereitstellung von Informations- und Planungsgrundlagen für eine verbesserte Praxis und
- die Ableitung von Empfehlungen für die Wohnungs- und Sozialpolitik.

Zu den Leitlinien des Forschungsverbundes gehört die Orientierung am Prinzip des Gender-Mainstreaming-Ansatzes. Das bedeutet, dass der Gleichstellungsaspekt im Forschungsprozess berücksichtigt wird und davon ausgehend die Wohnungsprobleme der betroffenen Personen und Haushalte – wissenschaftlichen Standards entsprechend – geschlechterdifferenziert untersucht werden.

Organisation und Konzeption des Forschungsverbundes

Die Gliederung des Forschungsverbundes in drei Teilvorhaben baut auf den bestehenden Forschungslinien zur Wohnungslosigkeit auf: Wohnungsversorgung und Wohnungspolitik, Zielgruppen- und Bedarfsforschung und Hilfen in Wohnungsnotfällen. Jedes der drei Institute bearbeitet - gemäß seines bisherigen Forschungsschwerpunktes - eine der (nachfolgend detailliert beschriebenen) Teiluntersuchungen eigenständig:

- (1) IWU: „Grundlagen für eine Politik zur Wohnungsversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen“
- (2) GSF e. V.: „Wohnungsnotfälle und Wohnungslose: Zielgruppen- und Bedarfsforschung für eine integrative Wohnungs- und Sozialpolitik“
- (3) GISS: „Grundlagen für eine Politik zur Verbesserung des Hilfesystems in Wohnungsnotfällen“.

In der Grundkonzeption des Forschungsverbundes ist die Verknüpfung aller Teiluntersuchungen angelegt: Sie werden während des Projektes zeitlich und inhaltlich durch ein gemeinsames Prozessmanagement aufeinander abgestimmt. Gegenstand der Abstimmung sind die theoretischen Grundlagen, die Auswahl gemeinsamer Orte für die Fallstudien und Erhebungen sowie der Abgleich der empirischen Instrumente. Zwischenergebnisse werden ausgetauscht und im Hinblick auf die weiteren Untersuchungsschritte diskutiert. Schließlich soll die Verknüpfung der Teilergebnisse

zu einem umfassenden und gleichzeitig differenzierten Verständnis der Entstehung von Wohnungslosigkeit und zur Weiterentwicklung der notwendigen Hilfen zu ihrer Überwindung beitragen.

Die BAG Wohnungslosenhilfe als assoziierte Partnerin des Verbundes stellt bei der Konkretisierung und Operationalisierung der Fragestellungen den Praxisbezug her, unterstützt bei der Vorbereitung der Erhebungsfelder, wirkt am Internetauftritt des Verbundes mit und organisiert forschungsbegleitende Fachtagungen.

Die Koordination erfolgt zentral durch eine Koordinationsstelle, die beim IWU angesiedelt ist, durch regelmäßige Treffen aller Forscherinnen und Forscher einschließlich der BAG Wohnungslosenhilfe sowie durch laufenden Austausch untereinander (zur Verbundstruktur s. folgende Abbildung).

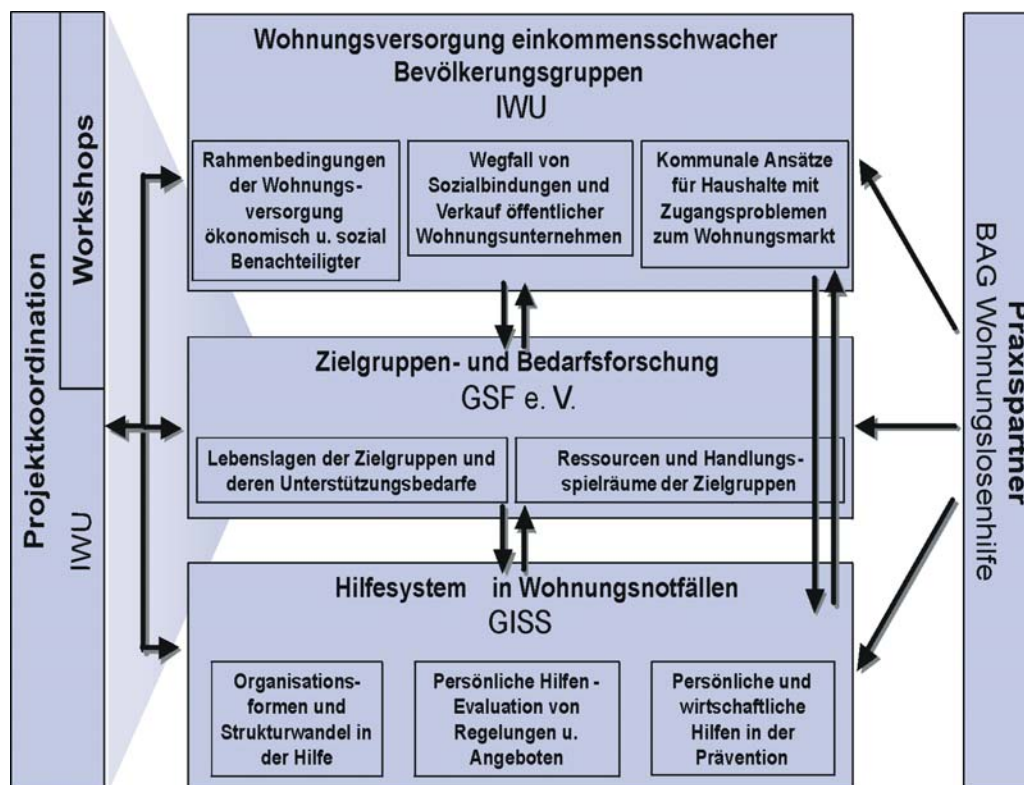
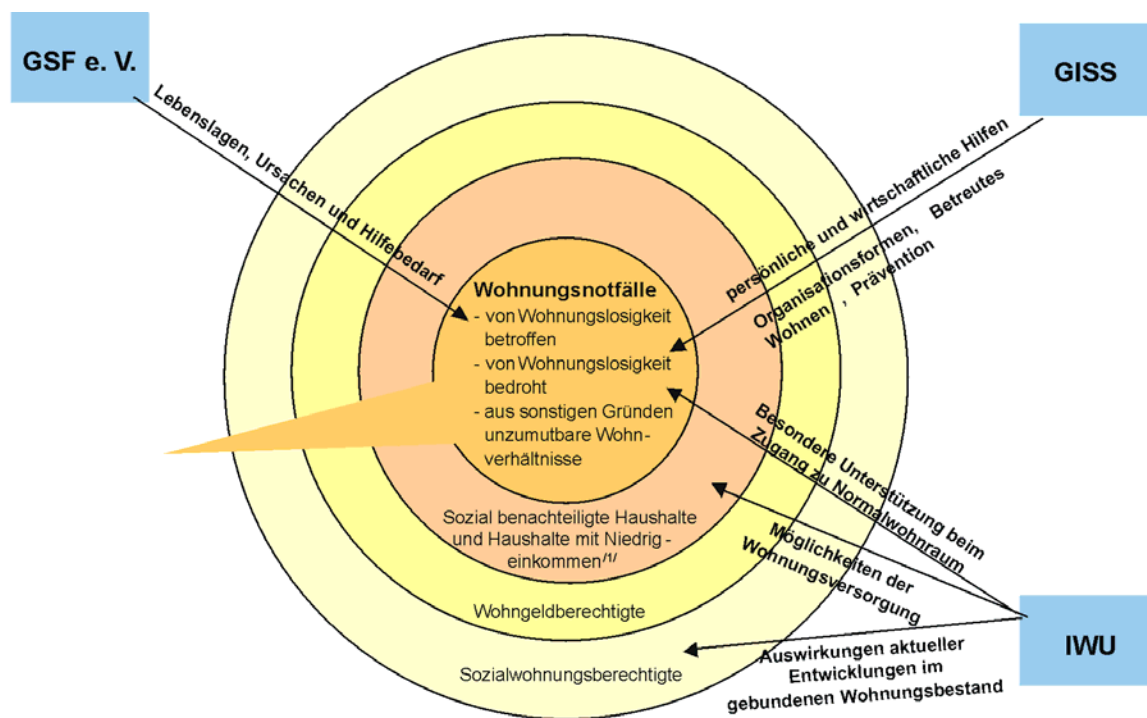


Abbildung: Inhaltliche und organisatorische Projektstruktur

Inhaltlich stützt sich die Forschungsarbeit im Verbund auf eine gemeinsame Definition der Zielgruppen, um die es in den einzelnen Untersuchungen geht: Wohnungsnotfälle, d. h. Haushalte und Personen mit einem Wohnungsbedarf von hoher Dringlichkeit, die aufgrund von besonderen Zugangsproblemen (finanzieller und nicht-finanzieller Art) zum Wohnungsmarkt der besonderen institutionellen Unterstützung zur Erlangung und zum Erhalt von angemessenem Wohnraum bedürfen. Die Typisierung von Wohnungsnotfällen erfolgte in Anlehnung an die des Statistischen Bundesamtes (vgl. König 1998) und umfasst demnach die drei Hauptgruppen: aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene, unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte und in unzumutbaren Wohnverhältnissen lebende Männer, Frauen und Kinder. Während sich die Untersuchungen von GISS und GSF e. V. auf diese Gruppen konzentrieren, zielt die Arbeit des IWU darüber hinaus auch auf einen erweiterten Kreis von Haushalten mit niedrigem Einkommen bzw. auf Wohngeld- und Sozialwohnungsberechtigte (s. folgende Abbildung). Durch die gemeinsame Definition der Zielgruppen wird die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Teiluntersuchungen sichergestellt.



^{1/1} Einkommen bis zum 1,5fachen der Sozialhilfesätze zuzüglich eines Ansatzes für angemessene Wohnungsversorgung

Abbildung: Zielgruppen der Teiluntersuchungen

Ein besonderes Anliegen der Institute im Forschungsverbund ist die Einbeziehung der Praxis in den Forschungsprozess. Durch die Beteiligung von Experten und Expertinnen aus der Wohnungswirtschaft und den verschiedenen Bereichen der Wohnungsnotfallhilfe kann die Forschung genauer auf die Anforderungen in der Praxis ausgerichtet werden – eine wesentliche Voraussetzung für die Verwertung der Ergebnisse in der Praxis. Ein entscheidender Beitrag zur Kommunikation zwischen Praxis und Forschungsverbund wird – wie bereits erwähnt – von der BAG Wohnungslosenhilfe erbracht. Außerdem fungiert ein Forschungsbeirat, dem fachkundige Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Praxis angehören, als Gremium, das relevante Informationen und Erfahrungen in den Forschungsprozess einbringt und das sich mit den (Zwischen-)Ergebnissen kritisch auseinandersetzt. Über Fachtagungen soll darüber hinaus eine breitere Fachöffentlichkeit erreicht werden. Die erste von insgesamt drei Tagungen, im Juni 2002 in Eisenach, hat bereits eine Reihe von Anregungen aus der Praxis für die Präzisierung der Untersuchungskonzepte erbracht. Des Weiteren ist seit Anfang Juni die Homepage des Forschungsverbundes geschaltet (www.forschungsverbund-wohnungsnotfaelle.de). Auch hierüber sollen über die Vorstellung des Forschungsvorhabens hinaus zu gegebener Zeit Ergebnisse für die Praxis zur Verfügung gestellt und u. a. auch über Best-Practice-Beispiele berichtet werden.

Teiluntersuchung „Grundlagen für eine Politik zur Wohnungsversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen“

(Institut Wohnen und Umwelt GmbH, Darmstadt)

Ausgangslage

Angesichts einer Mehrheit der Bevölkerung, die in akzeptablen und gesicherten Wohnverhältnissen lebt, wird Wohnungsnot allenfalls dann verstärkt wahrgenommen, wenn allgemeiner Wohnungsmangel herrscht und auch mittlere Einkommensgruppen davon betroffen sind. Dies war zuletzt Ende der 80er Jahre bis in die frühen 90er Jahre der Fall. Die Versorgungslage hat sich seither insgesamt wieder entspannt, allerdings ohne dass dabei strukturell bedingte Probleme des Zu-

gangs zu Wohnraum gelöst oder Defizite bezüglich der Qualität der Wohnverhältnisse oder der Mietbelastung für bestimmte Bevölkerungsgruppen abgebaut wurden. Im Gegenteil: Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der Zunahme von Haushalten mit niedrigem Einkommen und hohen Mietbelastungen ist zu vermuten, dass eine wachsende Anzahl von Menschen gezielte Unterstützung benötigt, um eine Wohnung zu erlangen oder um Wohnraum langfristig zu sichern. Zugleich erschwert das rückläufige Angebot an preisgünstigen und insbesondere belegungsgebundenen Wohnungen die Versorgung bedürftiger Haushalte. Hinzu kommt, dass sich für viele der von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Haushalte die Wohnungsversorgungsprobleme mit gängigen Instrumenten der Wohnungspolitik, wie z. B. dem Wohngeld oder dem Sozialen Wohnungsbau, alleine nicht mehr lösen lassen. Besondere Lebensverhältnisse verbunden mit sozialen Schwierigkeiten erfordern spezifische Unterstützungsformen, bei denen wohnungs- und sozialpolitische Maßnahmen stärker verschränkt werden müssen. Die genannten Entwicklungen sind in ihrer Tragweite bislang erst unzureichend erforscht und bleiben in Politik und Praxis dementsprechend weitgehend unberücksichtigt.

Ziele und Fragestellungen

Ziel dieses Forschungsschwerpunktes ist es deshalb, Grundlagen für eine nachhaltig sozial- und zielgruppenorientierte Wohnungspolitik zur Verfügung zu stellen. Zentrale Fragestellung dabei ist, in welcher Weise sich eine angemessene Wohnungsversorgung für einkommensschwache und sozial benachteiligte Gruppen realisieren lässt, auch unter veränderten Bedingungen wie wachsendem Unterstützungsbedarf von Haushalten, stärker marktwirtschaftlicher Orientierung der Wohnungswirtschaft und knapperen öffentlichen Ressourcen. Im Einzelnen soll die Untersuchung zu folgenden Fragen Aufschluss erbringen:

- In welcher Weise haben sich die Rahmenbedingungen der Wohnungsversorgung von ökonomisch und sozial benachteiligten Haushalten verändert und welche Bevölkerungsgruppen haben (weiterhin) die größten Schwierigkeiten, sich aus eigener Kraft angemessen mit Wohnraum zu versorgen?
- Welche Bedeutung hat eine Abnahme des reglementierten Wohnungsangebotes für die Versorgung bedürftiger Gruppen bzw. für den sozialen Versorgungsauftrag kommunal oder staatlich beeinflusster Wohnungsunternehmen?
- Wie groß ist der Bedarf an dauerhaft belegungsgebundenem Wohnraum, um „Wohnungsnotfälle“ wirkungsvoll beheben bzw. vermeiden zu können und auf welche Weise kann diesem Bedarf entsprochen werden?

Vorgehen

Diese wohnungspolitischen Fragestellungen werden in drei Arbeitsschritten bearbeitet. Aufgabe des ersten Arbeitsschrittes ist es, das Grundlagenwissen über die Entwicklung der Wohnungsversorgung benachteiligter Gruppen zu erweitern. Vor diesem Hintergrund erfolgen die speziellen Analysen in den Arbeitsschritten zwei und drei zur Versorgungsfunktion traditioneller Angebote im reglementierten Wohnungsbestand sowie besonderer sozialer Wohnangebote für Haushalte mit besonderem Unterstützungsbedarf. Der Erkenntnisstand, an den die jeweiligen Untersuchungsschritte anknüpfen, sowie Untersuchungskonzeption und methodische Vorgehensweisen werden im Folgenden näher erläutert:

Arbeitsschritt 1: „Untersuchung von Rahmenbedingungen der Wohnungsversorgung ökonomisch und sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen“

In diesem Arbeitsschritt wird die Wohnungsversorgung sozial benachteiligter Haushalte und der Haushalte mit Niedrigeinkommen in Deutschland untersucht, die sich in den letzten dreißig Jahren deutlich verändert hat (vgl. Ulbrich 1998, 2000). Die benachteiligten Gruppen haben in den 90er Jahren durch die Zuwanderung von Ausländern und Aussiedlern einen starken Zuwachs erhalten. Die Haushaltsstruktur der benachteiligten Gruppen hat sich von den älteren Menschen zu den Familien und Haushalten mit Kindern verschoben. Diese haben einen anderen Wohnungsbedarf vor allem nach geräumigen familiengerechten Wohnungen. Von den Verbesserungen der Wohnungsversorgung im Zeitablauf waren die benachteiligten Gruppen keineswegs völlig ausgeschlossen, allerdings haben sich die Disparitäten in der Wohnungsversorgung vergrößert, d. h. der (relative) Abstand zur durchschnittlichen (normalen) Wohnungsversorgung ist größer geworden. Das Wohnungsangebot hat sich für die benachteiligten Gruppen in mehrfacher Weise nachteilig entwickelt:

Im Mietwohnungsbestand hat sich der Anteil der gebundenen Wohnungen drastisch reduziert. Durch die Aufwertung von Wohnungen haben sich die Mietpreise im unteren Preissegment, das für die Wohnungsversorgung benachteiligter Gruppen besonders in Betracht kommt, überproportional erhöht. Das Wohngeld ist der Mietenentwicklung bei weitem nicht gefolgt. Seine Entlastungswirkung ist gegenüber früher deutlich geringer geworden.

Erster Schwerpunkt ist die Ermittlung der Personen- und Haushaltsmerkmale der wirtschaftlich und sozial benachteiligten Gruppen. In Auseinandersetzung mit der herrschenden Armutsdiskussion wird ein Konzept entwickelt, das auch eine Eingrenzung der betroffenen Haushalte von der Einkommensseite her ermöglicht. Die gängigen Konzepte der Armutbestimmung sind dazu nicht geeignet, weil in ihnen der überproportionale Anstieg der Lebenshaltungskosten (insbesondere der Mieten) für Haushalte im Niedrigeinkommensbereich nicht berücksichtigt wird. Es wird dann die Zusammensetzung und Veränderung der Population benachteiligter Gruppen und deren Wohnungsnachfrage in Abhängigkeit von demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen bestimmt.

Die Tendenzen der Wohnungsnachfrage sind anschließend mit der Angebotsentwicklung am Wohnungsmarkt zu kontrastieren. Zu untersuchen ist vor allem der zur Versorgung wirtschaftlich und sozial benachteiligter Gruppen in Betracht kommende Mietwohnungsbestand in seiner Quantität und qualitativen Zusammensetzung und in seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die Bautätigkeit und unter Berücksichtigung staatlicher Einflussnahme. Von besonderem Interesse ist auch die Höhe der Mieten und die Frage, welche Kosten die Haushalte für ein angemessenes Wohnen in Relation zu ihren Einnahmen zu tragen haben.

Aus dem Zusammenwirken beider Marktkräfte sind schließlich die Wohnungsversorgungsmöglichkeiten wirtschaftlich und sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen abzuleiten. Dazu ist umfassend die Ausdifferenzierung der Wohnungsversorgung (Disparitäten) nach regionalen Aspekten, Quantitäten und Qualitäten des Wohnungsbestandes und sozialer Zugehörigkeit der Bewohner zu beschreiben und eine Analyse von wichtigen, das Gleichgewicht und Ungleichgewicht auf dem Wohnungsmarkt kennzeichnenden Indikatoren, wie z.B. der Entwicklungstendenzen für „Warteschlangen“, vorzunehmen.

Es ist beabsichtigt, aus den Erkenntnissen über Wirkungszusammenhänge zwischen Wohnungsmarktsituation und Versorgung benachteiligter Haushalte mit Wohnraum auch Hinweise auf künftige Entwicklungen zu gewinnen. Dazu soll eine Verknüpfung mit den aktuellen Prognosen über die Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung, den Perspektiven der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage und den absehbaren Tendenzen auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere dem Markt für Mietwohnungen vorgenommen werden.

Diese Fragestellungen sollen mit Hilfe sekundärstatistischer Auswertungen beantwortet werden. Als Datengrundlage für die Analyse der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung kommen vor allem die Zählungen des Statistischen Bundesamtes in Betracht. Der jährlich durchgeführte Mikrozensus liefert umfangreiche Informationen über die Struktur der Haushalte nach Größe, Kinderzahl, Alter der Haushaltsmitglieder, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Art des Zusammenlebens, Erwerbsbeteiligung und berufliche Stellung, Art des überwiegenden Lebensunterhalts, Höhe des Einkommens usw. Aus den in jeweils fünfjährigem Turnus stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben können vor allem ergänzende Informationen über die Zusammensetzung der Haushaltseinkünfte, die Struktur der Ausgaben, die Ausstattung mit Gebrauchsgegenständen und die Vermögenssituation gewonnen werden. Über die Wohnverhältnisse im Haushaltszusammenhang informieren die in unregelmäßigen Abständen vorgenommenen Wohnungszählungen und Wohnungsstichproben. Aus ihnen läßt sich vor allem ableiten, wie sich im Zeitablauf die Wohnungsversorgung entwickelt hat, in welchem Umfang Disparitäten in der Wohnungsversorgung bestehen, welche Haushaltgruppen von schlechten oder beengten Wohnverhältnissen betroffen sind, welche Aufwendungen für die Wohnungsversorgung in Relation zu den Haushaltseinkommen getätigt werden müssen. Schließlich gibt auch das Sozio-ökonomische Panel eine geeignete Datenbasis zur Untersuchung von Haushaltsstrukturen ab. Es bietet vor allem die Möglichkeit, die beruflichen und familiären Karrieren von Personen(gruppen) im Längsschnitt zu verfolgen.

Ergänzend zu den tabellarischen Auswertungen sind Analysen mit multivariaten Verfahren vorgesehen. Sie dienen der Ermittlung von systematischen Zusammenhängen zwischen Wohnungsmarktlage und Wohnungsversorgung benachteiligter Gruppen und deren Beeinflussung durch die wirtschaftliche und demografische Entwicklung, die Wohnungsbautätigkeit und staatliche Maßnahmen und sollen die Erarbeitung eines Hypothesenrahmens zum Zusammenhang zwischen Wohnungsversorgung benachteiligter Gruppen, demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung, Bautätigkeit und staatlicher Einflußnahme ermöglichen, der auch prognostisch verwendet werden kann.

Arbeitsschritt 2: „Auswirkungen des Wegfalls von Sozialbindungen und des Verkaufs öffentlicher Wohnungsunternehmen auf die Wohnungsversorgung unterstützungsbedürftiger Haushalte“

Der zweite Arbeitsschritt in der Untersuchung des IWU betrachtet einen Aspekt der Wohnungsversorgung detaillierter. Er beschäftigt sich mit einer wesentlichen Veränderung auf der Angebotsseite der Wohnungsversorgung: Der Bestand an preiswerten Sozialwohnungen nimmt seit längerem kontinuierlich ab (vgl. Sautter 1989). Diese Entwicklung hat in den 90er Jahren noch an Dynamik gewonnen (vgl. Sautter et al. 2000). Nicht mehr belegungsgebundene Wohnungen stehen den sozialwohnungsberechtigten Haushalten nicht mehr ohne Weiteres zur Verfügung. Zu befürchten ist, dass es in den bindungsfrei gewordenen Beständen zu Mietpreisanhebungen kommt, die einen Teil der bisherigen Mieter zum Auszug zwingen könnten. Nicht auszuschließen ist des Weiteren, dass bei der Vergabe der bindungsfrei gewordenen Wohnungen andere Kriterien bei der Auswahl der Mieter angewandt werden, die die Chancen benachteiligter Gruppen unter den Wohnungsuchenden einschränken. Einzelne Untersuchungen (u. a. Kreibich 1985) haben zwar solche Prozesse bereits empirisch aufzeigen können, die jeweiligen Rahmenbedingungen waren aber zu spezifisch, um verallgemeinerbare Aussagen machen zu können. Nachteilige Auswirkungen für die Sozialwohnungsberechtigten sind auch von der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Wohnungsunternehmen zu erwarten. Auch hierzu gibt es noch kaum empirische Untersuchungen.

Aufgabe dieses Arbeitsschrittes ist es, die beiden aufgezeigten Entwicklungen in ihrer Bedeutung für die Versorgungslage benachteiligter Haushalte zu untersuchen. Dies umfasst die Ermittlung des vorhandenen Bestandes an sozial gebundenem Wohnraum und eine Vorausschätzung der Zahl der Sozialwohnungen, die in den kommenden 20 Jahren als Folge von Darlehenstilgungen aus der Bindung ausscheiden werden, sowie die Darstellung des Beitrages, den der öffentlich geförderte Wohnungsbestand und der Wohnungsbestand staatlicher oder kommunaler Wohnungsunternehmen zur Wohnungsversorgung benachteiligter Haushalte leisten.

Die Untersuchung erfolgt in zwei getrennten Unterarbeitsschritten, die sich in ihren methodischen Herangehensweisen entsprechen. Sie bestehen jeweils in einer sekundärstatistischen Analyse und einer Primärerhebung. Die Sekundärauswertung umfasst die Analyse der Bewohnerstruktur des öffentlich geförderten Wohnungsbestandes und des Wohnungsbestandes staatlicher oder kommunaler Wohnungsunternehmen im Vergleich zu derjenigen des frei finanzierten Wohnungsbestandes. Dazu kommt die Ermittlung des sozial gebundenen Wohnungsbestandes auf der Grundlage von Daten der amtlichen Statistik und die räumlich differenzierte Abschätzung der Entwicklung des Sozialwohnungsbestandes in den nächsten 20 Jahren.

Die Primärerhebungen beinhalten die Befragung von derzeitigen und früheren Bewohnerinnen und Bewohnern bindungsfrei gewordener bzw. privatisierter Wohnungen in ausgewählten Städten unterschiedlicher Größe, Struktur und Wohnungsmarktsituation. Dadurch soll ermittelt werden, inwieweit sich die Mieterstrukturen durch den Wegfall von Mietpreis- und Belegungsbindungen und die Privatisierung verändert haben und ob sich die Wohnungsversorgung weggezogener Haushalte verbessert oder verschlechtert hat. Außerdem erfolgt eine Befragung von unterschiedlichen Anbietern bindungsfrei gewordener Wohnungen sowie von privatisierten Wohnungsunternehmen. Von Interesse dabei ist das Anbieterverhalten vor allem im Hinblick auf Mietpreisgestaltung, Belegungspraxis, Instandsetzung- und Modernisierung. Zu Vergleichszwecken werden in beiden Erhebungen Referenzwohnungen aus dem freifinanzierten Bestand einbezogen. Aufgrund unterschiedlicher Ausgangsbedingungen in West- und Ostdeutschland wird die Analyse des Weg-

falls der Sozialbindungen auf die alten Bundesländer beschränkt. Die Auswirkungen der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände werden auch in ausgewählten ostdeutschen Städten untersucht.

Arbeitschritt 3: „Kommunale Ansätze zur Wohnungsversorgung von Haushalten mit besonderen Zugangsproblemen zum Wohnungsmarkt – Anforderungen und Wirkungsweise“

Im Zusammenhang mit den örtlich entspannten Teilmärkten haben die Versorgungsengpässe auch für unterstützungsbedürftige Bevölkerungsgruppen tendenziell abgenommen. Gleichzeitig hat sich jedoch die Versorgungslage für solche Haushalte und Personengruppen zugespitzt, deren Zugangsprobleme nicht nur auf finanzielle Ursachen zurückzuführen sind, sondern die häufig noch andere soziale Merkmale oder Problemlagen haben (allein erziehend, kinderreich, ausländischer Herkunft, behindert, aber auch entlassen aus einer Jugendhilfeeinrichtung, aus der Haft, ehemals drogenabhängig, psychisch krank etc.) und deshalb auf besondere Vorbehalte der Vermieter stoßen. Herkömmliche Strategien zur Wohnungsvermittlung reichen in der Regel bei Haushalten mit besonderen Zugangsproblemen nicht aus, um eine dauerhafte Versorgung mit Normalwohnraum zu erreichen. Zum einen liegt dies an den abnehmenden kommunalen Verfügungsbeständen, zum anderen geht es in der Tat vielfach nicht nur um die Bereitstellung einer Wohnung. Nicht alle, aber viele der besonders schwer zu vermittelnden Haushalte bedürfen zusätzlich – laufend oder auch nur sporadisch - der Unterstützung beim Erhalt der Wohnung und häufig darüber hinaus auch noch bei der Bewältigung von Problemen, die aus der jeweiligen persönlichen oder sozialen Situation resultieren. Es liegt auf der Hand, dass die Wohnungsversorgung in Wohnungsnotfällen als überaus komplexe Aufgabenstellung nicht mehr nur von einem Akteur allein bewältigt werden kann, sondern nur im Zusammenwirken aller Beteiligten, die dafür Verantwortung tragen: die Kommunen, denen im Rahmen der Daseinsvorsorge letztlich die Verantwortung für die Wohnungsversorgung obliegt; die Wohnungsunternehmen, die sich mit dem Erwartungsdruck konfrontiert sehen, ihren sozialen Verpflichtungen besser nachzukommen und die zugleich mit wachsenden Vermietungsproblemen auch innerhalb ihrer Wohnungsbestände zu tun haben; schließlich die freien Träger der Wohlfahrtspflege, denen Unterbringungsmöglichkeiten für Klienten fehlen, die in die Selbständigkeit entlassen werden sollen. Es gibt bereits eine Vielfalt von Kooperationsformen zwischen Kommunen, Wohnungswirtschaft und/oder sozialen Trägern zur Erschließung von Wohnraum im Bestand für schwer zu versorgende Haushalte und zur Vermeidung von Wohnungsverlusten – das zeigt eine 1997/1998 im Auftrag des Bauministeriums durchgeführte Untersuchung (s. InWIS 2000). Gegenstand des dritten Arbeitsschrittes sind beispielhafte kooperative Vorgehensweisen, d. h. solche, bei denen jeweils alle verantwortlichen Akteure Kompetenzen, Erfahrungen und Ressourcen zur Lösung des Problems einbringen. Ziel ist es, den kommunalen Handlungsbedarf zu präzisieren und Strategien weiterzuentwickeln, die in Wohnungsnotfällen eine bedarfsgerechte und sozialräumlich orientierte Wohnungsversorgung gewährleisten können. Dabei kann auf Ergebnissen aus abgeschlossenen Untersuchungen aufgebaut werden (u. a. Schuler-Wallner et al. 1996; Schuler-Wallner et al. 1998, Mühlich-Klinger et al. 2002).

Die Untersuchung soll anhand von sechs Fallbeispielen durchgeführt werden, die sich nach Herangehensweise und Gemeindetyp unterscheiden und unter denen auch ostdeutsche Kommunen vertreten sein sollen. Es kommen nur solche Städte und Gemeinden in Betracht, die bereits beispielhafte Konzepte für eine Integration der Wohnungsnotfälle in den regulären Wohnungsmarkt erarbeitet und in nennenswertem Umfang durchgeführt haben. Als beispielhaft werden dabei solche Ansätze angesehen, in denen ein ausreichend großes Kontingent an Wohnungen zur Verfügung gestellt wird, besondere zielgruppengerechte Zugangsregeln (Stichwort: geschützte Marktsegmente) bestehen, die mit anderen Handlungsfeldern, insbesondere wohnbegleitenden persönlichen Hilfen, verknüpft sind und bei denen die maßgeblichen Akteure (kommunale Stellen, Wohnungswirtschaft, soziale Träger) verbindlich miteinander kooperieren. Die thematische Nähe zur Teiluntersuchung der GISS legt es nahe, die entsprechenden Fragestellungen an drei identischen Fallbeispielen zu untersuchen.

In einem ersten Unterarbeitsschritt soll zunächst erhoben werden, wie sich die Wohnungsversorgungsprobleme allgemein und insbesondere die Wohnungsnotfälle an den sechs Standorten entwickelt haben. Dazu werden die verfügbaren kommunalen Statistiken der letzten zehn Jahre aus-

gewertet und ergänzend dazu eigene Erhebungen zur aktuellen Entwicklung - nach einem einheitlichen Raster auf der Grundlage der gemeinsamen Definition von „Wohnungsnotfällen“ - durchgeführt. Den Kern des Arbeitsschrittes drei bildet die Evaluierung der Erfahrungen mit den beispielhaften Ansätzen zur Wohnungsversorgung von Haushalten mit besonderen Zugangsproblemen zum Wohnungsmarkt. Untersucht werden sollen Entstehung, Konzeption und Umsetzung der ausgewählten Beispiele im Hinblick auf die beteiligten Akteure, Organisation der Kooperation, Kosten von Vermietung und Betreuung und deren Finanzierung sowie die Erfahrungen mit der Zusammenarbeit. Im Hinblick auf die Versorgungswirkungen interessieren Umfang, Qualität und räumliche Verteilung der bereitgestellten Wohnungen, Zusammensetzung der vermittelten Haushalte nach ökonomischen und sozialen Kriterien und schließlich die Dauerhaftigkeit der Wohnungsversorgung, einschließlich der damit verbundenen sozialen Stabilisierung. Die Wirkungsanalyse wird sich stützen auf die Auswertung von Vermittlungs- und Verlaufsstatistiken sowie auf Interviews sowohl mit Expertinnen und Experten aller beteiligten Institutionen als auch mit Mieterinnen und Mietern, die im Rahmen des besonderen Ansatzes mit Wohnraum versorgt wurden.

Erwartete Ergebnisse

Arbeitsschritt eins liefert Basis und Hintergrundwissen für die Bewertung der spezielleren, die Wohnungsversorgung benachteiligter Gruppen betreffenden Themen in den anderen Arbeitsschritten des IWU. In Arbeitsschritt zwei wird der Nachweis erbracht, welche Bedeutung ein abnehmendes reglementiertes Wohnungsangebot für die Wohnungsversorgung benachteiligter Gruppen hat. Die Ergebnisse sind Grundlage für die Erarbeitung von Empfehlungen zur Sicherung der Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte allgemein. Außerdem liefern sie für Arbeitsschritt drei konkrete Anhaltspunkte für den Handlungsbedarf zur Verbesserung der Wohnungsversorgung von Zielgruppen mit besonderen Zugangsproblemen. Aus den Erkenntnissen über entsprechende Handlungsbedarfe sowie über die Voraussetzungen und Wirkungen der untersuchten innovativen Handlungsansätze werden - im Interesse einer breiteren Rezeption - Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Strategien abgeleitet, die zum Abbau von Wohnungsnotfällen beitragen können.

Die Ergebnisse der IWU-Teiluntersuchung ermöglichen außerdem, die quantitative Dimension der Problemlagen, die in den Einzeluntersuchungen der beiden anderen beteiligten Institute vorgefunden werden, in Bezug auf die Wohnungsversorgung der benachteiligten Haushalte insgesamt abzuschätzen. Umgekehrt ermöglicht die Spezifizierung der besonderen Hilfebedarfe einerseits und des zur Verfügung stehenden Hilfeangebotes andererseits durch die Teiluntersuchungen der GSF e. V. bzw. der GISS, die Anforderungen an eine dauerhafte Wohnungsversorgung besonders unterstützungsbedürftiger Gruppen weiter zu präzisieren.

Teiluntersuchung „Wohnungsnotfälle und Wohnungslose: Zielgruppen- und Bedarfsforschung für eine integrative Wohnungs- und Sozialpolitik“

(Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Frauenforschung e. V., Frankfurt/Main)

Ausgangslage

Wohnungslosigkeit und Wohnungsnotstand als „Ausdruck von Armut“ bzw. „sozialer Ausgrenzung“ (Specht-Kittler 1997) der davon betroffenen allein stehenden Frauen und Männer, Paare und Familien unterschiedlichen Alters, ethnischer und regionaler Herkunft gehen einher mit extremen Ressourcendefiziten und Handlungseinschränkungen. Die „besonderen“ Lebensverhältnisse der verschiedenen Gruppen, die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen und die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Frauen und Männer (einschließlich der wohnungslosen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und der Flüchtlinge mit längerfristigem Aufenthaltsstatus, die in gesonderten Unterkünften untergebracht sind) sowie Frauen und Männer in inakzeptablen/unzumutbaren Wohnverhältnissen, sind in der Regel mit „sozialen Schwierigkeiten“ verbunden, die die Betroffenen selten aus eigener Kraft überwinden können. Im Verständnis der Praxis der Hilfen in Wohnungsnotfällen und in den noch lückenhaften wissenschaftlichen Erklärungsansätzen dominieren entweder Ursachen, die aus persönlichen Defiziten oder sozialer Unangepasstheit abgeleitet sind, z. B. unwirtschaftliches Verhalten, eine psychische Erkrankung oder Alkoholabhängigkeit (Defizitparadigma), oder sozialstrukturell vermittelte Faktoren wie Mietschulden, Erwerbslosigkeit oder Probleme im Hilfesystem bzw. auf dem Wohnungsmarkt (Armutparadigma).

Kontroversen in der Theorie- und Fachdiskussion sind jedoch nicht nur zwischen Defizitparadigma und Armutsparadigma auszumachen. Die Diskussion ist bisher auch weitgehend „zielgruppen- und geschlechtsneutral“ angelegt. Die Zusammenhänge zwischen Geschlecht, Alter, Ethnie, Lebensform, sozioökonomischer Zugehörigkeit, Religion, Armut und Gesundheitsstatus sind in Bezug auf den Wohnungsnotfall noch nicht systematisch untersucht worden. Für die unterschiedlichen Gruppen mit geringen ökonomischen oder sozialen Ressourcen, die wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind, sind die gemeinsamen, strukturell vermittelten Risikofaktoren und der jeweils spezifische Hilfebedarf noch zu bestimmen. Insbesondere sind ihre Zugänge zu Qualifizierung und Erwerbsarbeit ebensowenig wie spezifische Ausgrenzungsmechanismen bisher untersucht, so dass ihre Möglichkeiten für die Wiedergewinnung einer eigenständigen wirtschaftlichen Existenz bisher kaum in den Blick der Akteurinnen und Akteure der Sozialhilfe und des Arbeitsmarktes gerückt sind. Auch die unterschiedliche Gestaltung von familiären Lebensverhältnissen, Sozialstruktur, Wohnungs- und Gemeinwesen in West- und Ostdeutschland vor und nach der Wende wurden in Bezug auf Wohnungslosigkeit und Wohnungsnotfall bisher kaum systematisch analysiert.

Mit der Untersuchung „Zielgruppen- und Bedarfsforschung für eine integrative Wohnungs- und Sozialpolitik“ knüpft die GSF e. V. unmittelbar an die Begleitforschung der beiden Modellprojekte der Bundesregierung für allein stehende wohnungslose Frauen an (vgl. Enders-Drägässer, Sellach u.a. 2000, Enders-Drägässer u.a. 2002). Dabei wird die bisher in der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung verankerte Perspektive, von der her Frauen im Zentrum der Forschung standen, in der Untersuchung „Zielgruppen- und Bedarfsforschung“ systematisch erweitert um den wissenschaftlichen Blick auch auf wohnungslose Männer bzw. Männer im Wohnungsnotfall. Mit Geschlecht als Querschnittkategorie in der Forschung können die Beziehungen zwischen Armut, Wohnungslosigkeit und weiteren bedarfsrelevanten Faktoren wie Behinderung, gesundheitlicher Beeinträchtigung, kultureller, ethnischer aber auch regionaler Herkunft oder Alter differenzierter als bisher untersucht werden. Damit rückt gleichzeitig die Analyse der Auswirkungen von Gewalt geprägten Lebensverhältnissen auf die soziale Stabilität und Absicherung der Wohnsituation, die für Frauen von erheblicher Bedeutung sind, auch für Männer und Kinder in den Blick der Forschung.

Ziele und Fragestellungen

Ziel der Untersuchung der GSF e. V. ist, die als „Wohnungsnotfälle und Wohnungslose“ definierten Zielgruppen nach Geschlecht differenziert zu beschreiben. Aus der Perspektive der Betroffenen sollen ihre Notlagen dargestellt, objektive und subjektive Ursachen erklärt und, daraus abgeleitet, ihr Hilfebedarf im Kontext von Wohnungs- und Sozialpolitik begründet werden.

Die Fragestellungen in der Untersuchung sind fokussiert auf:

- die subjektiven und objektiven Erscheinungsformen und Ursachen der Wohnungsnotfallproblematik,
- die subjektiven und objektiven Deutungsmuster ihrer „Lebenslage“ durch die Betroffenen selbst und ihre Erwartungen an eine institutionalisierte, d. h. sozialstaatliche Unterstützung, und
- die subjektiven und objektiven Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf ihre persönlichen, sozialen und kognitiven Ressourcen zur Wiedergewinnung ihrer familiären, ihrer sozialen und ihrer wirtschaftlichen Eigenständigkeit, insbesondere im Zugang zur Erwerbsarbeit.

Fragestellungen und die Auswertung der erhobenen Daten haben als theoretische Grundlage den „Lebenslagenansatz“ aus der Sozialpolitikforschung, der in der Armutsforschung und Sozialpolitik zunehmend an Bedeutung gewinnt und in der Frauenforschung geschlechtsdifferent weiterentwickelt wurde (vgl. Enders-Drägässer, Sellach 2002). Im Begriff der „Lebenslage“ wird das Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren in den konkreten Lebensverhältnissen von Individuen und sozialen Gruppen theoretisch gefasst. In diesem theoretischen Modell werden neben den objektiven - materiellen und immateriellen - Dimensionen einer Lebenslage auch die subjektiven Dimensionen ihrer Verarbeitung berücksichtigt. Der Begriff „Lebenslage“ wird theoretisch als individueller Handlungsrahmen oder „Spielraum“ definiert, der von einer Vielzahl von individuell nicht beeinflussbaren äußeren bzw. strukturellen Merkmalen der Existenz bestimmt ist. Diesen Rahmen bzw.

Spielraum haben der oder die einzelne bzw. eine soziale Gruppe, wie Paare oder Familien, für die Befriedigung der Gesamtheit seiner bzw. ihrer materiellen und immateriellen Interessen zur Verfügung und füllen ihn jeweils individuell und sozial aus. Mit diesem theoretischen Modell können daher neben ökonomischen Ressourcen auch andere Armut kennzeichnende Faktoren der Unter-versorgung und Benachteiligung in die Untersuchung einbezogen werden.

Mit den Ergebnissen der Untersuchung der GSF e. V. sollen die Zielgruppen der Hilfen in Wohnungsnotfällen und ihr jeweils spezifischer Wohn- und Unterstützungsbedarf umfassend charakterisiert werden. Herausgearbeitet werden sollen die Ursachen sozialer Benachteiligung und sozialer Ausgrenzung sowie die Gründe des Wohnungsverlustes bzw. des Wohnungsnotfalls. Darauf aufbauend sollen Versorgungsdefizite und der spezifische Wohnungs- und Hilfebedarf zielgruppenspezifisch und nach Geschlecht differenziert definiert werden. Die Einschätzung und Bewertung der Leistungen von Hilfeeinrichtungen und des Wohnungsmarktes für die Zielgruppen im Wohnungsnotfall erfolgt dabei aus der Perspektive der Zielgruppen.

Vorgehen

Die Untersuchung der GSF e. V. hat zwei thematische Schwerpunkte, die integrativ bearbeitet werden. Im ersten Schwerpunkt geht es um die Darstellung der „Lebenslagen“ der Zielgruppen und um eine nach Geschlecht differenzierte Bestimmung und Analyse der ihre spezifischen „Lebenslagen“ charakterisierenden Faktoren. Im Mittelpunkt stehen der Wohnungsnotfall und die damit verbundenen Probleme von Armut und sozialer Ausgrenzung. Der Blick wird insbesondere gerichtet auf Erscheinungsformen und Ursachen von Wohnungsnotfallsituationen, wie sie in der Wohnbiographie und in der Geschichte sozialer Beziehungen der Personen/Familien vermittelt sind. Zentrale Forschungsfragen sind z. B. gerichtet auf zielgruppenspezifische Erscheinungsformen von Wohnungsnotfallsituationen und die Dimensionen ihrer Unterschiede oder auf mögliche typische Problemlagen, deren Ursachen als zielgruppenspezifisch definiert werden können bzw. für Frauen und Männer verschieden sind.

Im zweiten Schwerpunkt geht es um die Darstellung der beruflichen und familiären Existenzgrundlagen von Menschen in Wohnungsnotfallsituationen und die Analyse der subjektiven und objektiven Handlungsspielräume der Betroffenen für die Wiedergewinnung einer wirtschaftlich und sozial eigenständigen Existenz. Im Mittelpunkt stehen hier die Voraussetzungen für eine unmittelbare bzw. mittelbare wirtschaftliche Verselbständigung durch Erwerbsarbeit bzw. durch Haus- und Familienarbeit, d. h. die Wiedergewinnung der gesellschaftlichen Akzeptanz und der persönlichen und gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit. Dieser zweite Schwerpunkt ist fokussiert auf die Arbeitssituation und die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen der Personen/Familien im Wohnungsnotfall. Die Definition von Arbeit umfasst die Erwerbsarbeit als bezahlte Arbeit und die Haus- und Familienarbeit als unbezahlte Arbeit. Dabei gehen wir von der Erkenntnis aus der Frauenforschung aus, dass Defizite in beiden Bereichen geschlechtsspezifisch hohe Armutsrisiken enthalten (vgl. Lebenslagen in Deutschland, 2001; Sellach 2001). Zentrale Forschungsfragen sind u.a. gerichtet auf die Bedeutung des langjährigen Ausschlusses aus der Erwerbsarbeit bzw. aus der Wirtschaftsgemeinschaft der Familie für die Wohnungsnotfallsituation, die auch zielgruppen- und geschlechtsspezifisch analysiert wird, auf gesellschaftliche Rollenerwartungen und ihre Relevanz für die subjektiven Erweiterungen bzw. Begrenzungen der objektiven Handlungsspielräume sowie auf die Bedeutung von bezahlter und unbezahlter Arbeit für die Konstruktion zielgruppenspezifischer „Lebenslagen“, die als theoretische Begründungen für den Wohnungsnotfall dienen können.

Die Fragestellungen werden in beiden Schwerpunkten mit qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung bearbeitet. Den Schwerpunkt im Forschungsprozess bilden problemzentrierte Interviews mit den Betroffenen. Dabei ist methodisch zu berücksichtigen, dass sie vor allem in der akuten Situation der Wohnungsnotfallproblematik erreicht werden sollen, d. h. in einer für sie krisenhaften Lebenssituation. Weiter werden in allen Phasen der Forschung die Erfahrungen von weiblichen und männlichen Fachkräften aus dem Arbeitsbereich der Wohnungsnotfallhilfe und aus dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt einbezogen.

Erwartete Ergebnisse

In den beiden Arbeitsschritten der Untersuchung „Wohnungsnotfälle und Wohnungslose: Zielgruppen- und Bedarfsforschung für eine integrative Wohnungs- und Sozialpolitik“ werden im Konzept

des Lebenslagenansatzes die unterschiedlichen Zielgruppen der Hilfen in Wohnungsnotfällen aus zwei unterschiedlichen Perspektiven beschrieben und die Ursachen ihrer Notlage analysiert. Von der geschlechts-, kultur- und altersspezifischen Perspektive her verspricht der Lebenslagen-Ansatz für den Bereich der Zielgruppen- und Bedarfsforschung weitergehende Erkenntnisse und Grundlagen für eine differenzierte Theorie der Wohnungsnotfallproblematik aus der Perspektive der Betroffenen. Mit Hilfe der methodischen Herangehensweise, der Einordnung der empirischen Daten in das theoretische Konzept des Lebenslagen-Ansatzes, soll eine geschlechtersensible „Theorie der Wohnungsnotfallproblematik“ entwickelt werden. Darin sollen Daten zu den objektiven „Lebenslagen“ (Armutsparadigma) einerseits und Daten zu den subjektiven Lebensverhältnissen andererseits (Defizit- bzw. Kompetenzparadigma (vgl. Enders-Drägässer u.a. 2002) empirisch und theoretisch miteinander verknüpft werden.

Die Mitarbeit eines männlichen Forschers, der explizit die Fragen zu Männlichkeit aufgreifen wird, ermöglicht eine duale Forschungsperspektive, d. h. eine „weibliche“ und eine „männliche“ Sicht auf die Wohnungsnotfallsituation und Wohnungslosigkeit. Dabei werden die jeweils unterschiedlichen Theorieansätze und Herangehensweisen aus den Perspektiven von Frauen- bzw. Männerforschung miteinander verknüpft, um ein gemeinsames methodologisches Konzept für die empirischen Erhebungen entwickeln zu können.

Die Bedeutung der Untersuchungsergebnisse des Teilvorhabens der GSF e. V. für das Gesamtziel des Forschungsverbundes „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“ liegt darin, dass die Zielgruppen der Wohnungsnotfallhilfe erstmals geschlechtsdifferent in einem theoretischen Konzept sozialer Lebensverhältnisse charakterisiert und ihre Handlungsmöglichkeiten dargestellt werden. Mit den genauen Kenntnissen von den Bevölkerungsgruppen, die Adressaten der Politik der Wohnungsversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen und der demokratischen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung der sozialen Hilfen sind, können diese Politikfelder menschenwürdiger und zugleich effizienter und wirtschaftlicher bearbeitet werden. Umgekehrt kann im Rahmen der Zielgruppen- und Bedarfsforschung ermittelt werden, warum die vorhandenen Angebote auf dem Wohnungsmarkt und im Hilfesystem nicht greifen bzw. auf welche Hindernisse, Schwierigkeiten oder Anforderungen allein stehende Frauen und Männer oder Familien im Wohnungsnotfall treffen, die sie nicht ohne Weiteres aus eigenen Kräften überwinden oder bewältigen können. Insoweit können die Ergebnisse der Zielgruppen- und Bedarfsforschung als wesentliche Grundlage für die Interpretation der Befunde der Kooperationspartner im Forschungsverbund gelten. Ebenso können in das Verständnis der objektiven und subjektiven Handlungsspielräume der Zielgruppen die Ergebnisse der Untersuchungen der Verbundpartner einfließen.

Ein weiteres Element der Integration in den Forschungsverbund ist der geschlechtssensible Forschungsansatz, der wegen des Praxisbezuges in allen Projekten von besonderer Bedeutung ist. Denn in der Praxis der Wohnungsnotfallhilfe geht es auch um den Abbau von an das Geschlecht gebundenen Benachteiligungen und Diskriminierungen in den Hilfeinrichtungen und bei der Wohnungsversorgung von Frauen, aber auch von Männern, im Sinne des Gender Mainstreaming und damit um eine gleichstellungsorientierte Perspektive auch im Forschungsprozess. Dabei ist Geschlecht keine abstrakte Analysekategorie, unterlegt mit stereotypen gesellschaftlichen Rollenbildern, sondern Frauen und Männer werden in ihrer sozialen Wirklichkeit wahrgenommen, z. B. ihrer Zugehörigkeit zu einer spezifischen Altersgruppe, ihren sozialen Lebenssituationen und Beziehungen, ihrer kulturellen Herkunft, ihrem regionalen Bezug und dessen unterschiedlicher politischer Geschichte, ihren intellektuellen und beruflichen Fähigkeiten, ihrem körperlichen und gesundheitlichen Zustand. Gleichstellungsorientierung im Bereich der Forschung bedeutet dabei vor allem, geschlechtsspezifische Verzerrungseffekte (Gender Bias) zu verhindern und durchgängig mit einer geschlechtersensiblen Sprache zu arbeiten. Dadurch wird es möglich, Fragen der Benachteiligung, die die Problematik des Wohnungsnotfalls bzw. der Wohnungslosigkeit als Armutsproblematik durchziehen, präziser und der Lebenssituation von Frauen und Männern angemessener zu bearbeiten.

Teiluntersuchung „Grundlagen für eine Politik zur Verbesserung des Hilfesystems in Wohnungsnotfällen“

(Gesellschaft für Innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V., Bremen)

Ausgangslage

In den vergangenen Jahren haben bedeutsame Strukturveränderungen in der Organisation sozialer Arbeit stattgefunden, die nicht ohne Auswirkungen auf das „Hilfesystem“ (oder die unterschiedlichen, vielfach noch voneinander separierten Hilfesysteme) geblieben sind, die bei Wohnungsnotfällen in der Regel aktiviert werden.

Zu den allgemeineren Strukturveränderungen mit Relevanz für die Hilfe in Wohnungsnotfällen gehören unter anderem

- sozialraumorientierte Neuorganisationen der sozialen Dienste und die damit verbundene Frage nach zentralen oder dezentralen Spezialdiensten (beispielsweise für Wohnungslose oder Wohnungsnotfälle) bzw. nach der möglichst weitgehenden Integration aller Zielgruppen in soziale Regelangebote,
- die verstärkte Leistungsorientierung, ein erhöhter Druck zur Wirtschaftlichkeit bei der Leistungserbringung und die Entwicklung von Verfahren zur Qualitätssicherung, die unter anderem auch durch die Reform des § 93 Bundessozialhilfegesetz (Einrichtungen für die Hilfeförderung) und den damit verbundenen Systemwechsel in der Finanzierung sozialer Dienste forciert wurden,
- die Einführung neuer Steuerungssysteme in den Kommunalverwaltungen,
- die Entwicklung und der Aufbau spezifischer Angebote für Frauen sowie
- die Entwicklung neuer Formen ehrenamtlichen Engagements (wie beispielsweise Tafeln, ehrenamtlich geführte Tagesstätten und Spendenparlamente) und neuer Formen von Selbsthilfeorganisationen (wie Straßenzeitungsprojekte und Betroffeneninitiativen).

Zu den Neuorientierungen, die vor allem innerhalb des bestehenden Systems (oder der Systeme) von Hilfen in Wohnungsnotfällen eingefordert (vgl. u.a. Evers 1999, Ruhstrat 1999, Specht-Kittler 1997) und teilweise auch umgesetzt wurden, gehören

- eine verstärkte „Rekommunalisierung“ der Hilfen,
- die Überwindung der überkommenen Separierung von Hilfen für Alleinstehende und Mehrpersonenhaushalte,
- eine geschlechtsdifferenzierte Arbeit mit Frauen
- die bessere Integration aller notwendigen Hilfen in Wohnungsnotfällen (zum Teil auch unter Einbezug der Wohnungsnotfallproblematik von Migrantinnen und Migranten, die als Flüchtlinge oder Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in gesonderten Unterkünften untergebracht sind),
- die Analyse, Bearbeitung und Überwindung von Schnittstellenproblemen mit anderen Hilfesystemen (wie Jugendhilfe, Suchtkrankenhilfe, Eingliederungshilfe oder Altenhilfe) beispielsweise im Rahmen von Hilfeplan- und Clearingverfahren oder von neuen Organisationsformen der Hilfeerbringung,
- die Festlegung des Angebotsbereichs und der Zielgruppen freier Träger der Wohnungslosenhilfe auf den Kernbereich der Wohnungsnotfallproblematik bzw. die Ausdehnung ihres Angebots auf darüber hinausgehende Dienstleistungen für einen breiteren Kreis von sozial und wirtschaftlich benachteiligten Personen,
- die Entwicklung und Verbreitung neuer Angebotsbereiche wie beispielsweise medizinischer Spezialdienste für Wohnungslose und Tagesaufenthalte sowie
- die verstärkte Kooperation mit der Wohnungswirtschaft, insbesondere im Bereich quartiersbezogener Sozialarbeit.

Die Auswirkungen der genannten Veränderungen auf das „Hilfesystem“ und die Wirkungsweisen der (lokal und regional sehr unterschiedlich) veränderten Organisation der Hilfen in Wohnungsnotfällen sind jedoch bislang weder im Querschnitt dokumentiert noch im Detail untersucht.

Persönliche Hilfen in Wohnungen (in der Praxis oft auch als „Betreutes Wohnen“ bezeichnet) gewinnen als geeignete Alternative zur Unterbringung von Wohnungslosen in Sonderwohnformen auch in der Wohnungsnotfallhilfe (wie schon zuvor in anderen Bereichen wie der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe) zunehmend an Bedeutung. Dies entspricht auch dem im Bundessozialhilfe-

gesetz definierten Vorrang von ambulanten vor stationären Hilfen. Die Organisationsformen persönlicher Hilfen in Wohnungen sind höchst unterschiedlich und reichen von Einzelbetreuung in Individualwohnraum und „nachgehenden Hilfen“ nach stationärem Aufenthalt über betreute Wohngemeinschaften und „Außenwohngruppen“ bis zum „dezentralen stationären Wohnen“. Neben den einzelfall- oder wohnungsbezogenen Hilfeansätzen spielen auch gemeinwesenorientierte Hilfeansätze eine Rolle, die besonders im Kontext der Arbeit mit wohnungslosen Familien bereits eine längere Tradition aufweisen.

Es ist erstaunlich, dass es bis heute keinen bundesweiten Überblick über die Verbreitung und die organisatorischen Details des „Betreuten Wohnens“ in der Wohnungsnotfallhilfe gibt (vgl. Busch-Geertsema 1999) und dass auch bei der vielerorts stattfindenden Ambulantisierung der Hilfen (Umstrukturierung von stationären Hilfen hin zu größeren Kapazitäten im Bereich der Begleitung von Wohnungslosen in normalen Wohnungen) keine aufbereiteten Erkenntnisse über typische damit verbundene Organisationsprobleme und angemessene Lösungsansätze verfügbar sind.

Vielerorts hat sich zwischenzeitlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass den präventiven Hilfen im Vorfeld drohender Wohnungslosigkeit besondere Bedeutung zukommt, wenn das Ziel erreicht werden soll, eine Zuspitzung individueller Notlagen zu verhindern und Wohnungslosigkeit effektiv zu reduzieren. Es ist jedoch weitgehend unerforscht, inwieweit die eingesetzten finanziellen und persönlichen Hilfen zur Vermeidung von Wohnungsverlusten auch nachhaltig wirken und wie es gelingen kann, „Wiederholungsfälle“ und eine erneute Zuspitzung von Krisensituationen mit Bedrohung der Wohnsicherheit längerfristig zu vermeiden.

Ziele und Fragestellungen

Die Forschung zum „Hilfesystem“ in Wohnungsnotfällen im Forschungsverbund dient unter anderem der Schaffung von Planungsgrundlagen und der Weiterentwicklung von Unterstützungsansätzen für wirtschaftlich und sozial benachteiligte und ausgegrenzte Haushalte. Mit der Überprüfung von Bedarfsgerechtigkeit (auch und insbesondere im Hinblick auf geschlechts- und zielgruppenspezifische Bedarfe), Effektivität und Effizienz unterschiedlicher Ansätze soll ein Beitrag zur Organisationsentwicklung sowie zur Weiterentwicklung und Qualifizierung der Leistungsorientierung bei der Hilfe in Wohnungsnotfällen erfolgen. Dabei wird auch die Aufgabe zu lösen sein, eine sinnvolle und problemangemessene Definition von „Erfolg“ und „Nachhaltigkeit“ sowie adäquate Indikatoren zur Bemessung von Zielerreichung und zur Einschätzung von Qualität im „Hilfesystem“ zu erarbeiten. Nicht zuletzt durch die Analyse und Dokumentation von „Best-practice-Beispielen“ verspricht diese Teiluntersuchung auch einen hohen Nutzwert für die Praxis.

Die Untersuchungen zielen gleichermaßen auf die Schließung von Forschungslücken im System der sozialen Hilfen wie auch – durch die Einbindung in den interdisziplinären Kontext des Forschungsverbundes (Wohnungsmarktforschung, Zielgruppen- und Bedarfsforschung) – auf den Prozess der Bildung einer Theorie der Wohnungslosigkeit und sonstiger Wohnungsnotfälle. Dabei wird es darauf ankommen, das Anforderungsprofil der sozialen Hilfen in Wohnungsnotfällen im Spannungsfeld zwischen Strukturen des Wohnungsmarktes und den Lebens- und Bedarfslagen der unterschiedlichen betroffenen Zielgruppen zu definieren. Mit der Teiluntersuchung zum „Hilfesystem“ in Wohnungsnotfällen sollen unter anderem folgende Fragen beantwortet werden:

- Welche Auswirkungen hat der Strukturwandel in der organisierten Hilfe in Wohnungsnotfällen (Gesamtspektrum der Hilfen) und welche neuen Organisationsformen können zu einer strukturellen Verbesserung und besseren Koordination des Hilfeangebotes beitragen?
- Wie ist gegenwärtig für den Personenkreis mit Wohnungsnotfallproblematik die persönliche sozialarbeiterische Hilfe in Wohnungen organisiert und wie können Dauerhaftigkeit und Reichweite der Integration in normale Wohn- und Lebensverhältnisse durch eine optimierte Organisation dieser Hilfen verbessert werden?
- Wie nachhaltig wirken persönliche und wirtschaftliche Hilfen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit (Prävention) und wie kann die Nachhaltigkeit solcher Hilfen gestärkt werden?

Vorgehen

Unser Institut kann bei der Hilfesystemforschung an zahlreiche vorangegangene Untersuchungs- und Beratungsprojekte zur Wohnungsnotfallproblematik anknüpfen und auf die dabei gewonnenen Erkenntnisse aufbauen (vgl. beispielhaft Ruhstrat u. a. 1991; Busch-Geertsema/Ruhstrat

1994,1995 u. 1997; Evers 1997; Evers/Ruhstrat 1993, 1994). Im Forschungsverbund werden die drei Schwerpunkthemen der „Hilfesystemforschung“ in drei Arbeitsschritten bearbeitet:

Arbeitsschritt 1: Analyse neuer Organisationsformen der Hilfe in Wohnungsnotfällen und der Auswirkungen des Strukturwandels

Mit dem Arbeitsschritt sollen die Auswirkungen der genannten Veränderungen in der Wohnungsnotfallhilfe untersucht und herausgearbeitet werden, welche neuen Organisationsformen zu einer strukturellen Verbesserung und Koordination des Hilfeangebots beitragen können. Unter anderem geht es in diesem Arbeitsschritt um die Folgen von Innovationen im Hilfesystem für die Betroffenen und die Träger und Dienste, um die ökonomischen Auswirkungen, mögliche Veränderungen bei der Kooperation zwischen den beteiligten Diensten, Trägern und Initiativen und um die (zielgruppen- und geschlechtsdifferenzierte) Bedarfsgerechtigkeit der Hilfeangebote und Organisationsformen.

Es werden sechs Fallstudien - voraussichtlich in den Städten Bremen, Duisburg, Pinneberg, Schwerin, Stuttgart und einer weiteren noch festzulegenden ostdeutschen Kommune - durchgeführt. Einbezogen werden in den jeweiligen Städten kommunale Dienste (Sozialamt, Allgemeiner Sozialdienst, Ordnungsamt, Wohnungsamt, Spezialdienste etc.), freie Träger (Wohnungslosenhilfe, Drogen-, Straffälligenhilfe, Jugend- und Altenhilfe, Frauenhäuser, Wohnungsnotfallhilfen für Migrantinnen und Migranten etc.) und Initiativen/Vereine (Tafeln, Suppenküchen, Wärmestuben, Kleiderkammern etc.). Gearbeitet wird mit einem Methodenmix aus Literatur- und Dokumentenanalyse, Organisationsanalysen, sekundärstatistischen Analysen, leitfadengestützte Interviews mit Expertinnen und Experten und themenzentrierten Gruppendiskussionen.

Arbeitsschritt 2: Evaluation der Regelungen und Angebote von „persönlichen Hilfen in Wohnungen“

Der Arbeitsschritt soll dazu beitragen, den Erkenntnisstand über persönliche sozialarbeiterische Hilfen in Wohnungen zu verbessern, soll die unterschiedlichen Organisationsformen analysieren und unter Berücksichtigung ausländischer Beispiele zu Empfehlungen für eine Optimierung dieses innovativen Hilfeansatzes führen. Erhoben werden dabei sowohl die verwendeten Definitionen, Konzepte und Modelle von persönlicher Hilfe in Wohnungen („betreutes Wohnen“, „begleitetes Wohnen“, „dezentrales stationäres Wohnen“ etc.) als auch Umfang und Qualität des bereitgestellten Wohnraums, rechtliche Regelungen der Nutzung, Regelungen hinsichtlich der Art, Intensität, Dauer und Verbindlichkeit der persönlichen Hilfe, Spektrum der geleisteten Hilfen, Finanzierung (des Wohnraums und der persönlichen Hilfen) etc. Die Häufigkeit und Verbreitung unterschiedlicher Ansätze („dezentrales stationäres Wohnen“, „Trainingswohnungen“, „betreute Wohngemeinschaften“, „persönliche Hilfe in Individualwohnraum mit Mietvertrag“) werden dabei ebenso erfasst wie die Bedeutung von einzelfallbezogenen Hilfen, Gruppenangeboten und stadtteilbezogenen Ansätzen. Einbezogen werden auch Maßnahmen und Konzepte zur Messung und Absicherung der Qualität der erbrachten Leistungen.

Befragt werden ausgewählte ambulante und stationäre Einrichtungen der freiverbandlichen Wohnungslosenhilfe in Deutschland, kommunale Fachdienste für Wohnungsnotfälle sowie die Wohnungswirtschaft. Zunächst erfolgt zu dieser Thematik eine teilstandardisierte schriftliche Befragung ausgewählter freier Träger und Kommunen (ca. 80). Dann werden in sechs ausgewählten Orten (Orte stehen noch nicht fest) Fallstudien durchgeführt, bei denen derselbe Methodenmix zum Einsatz kommt, der bereits im Arbeitsschritt 1 benannt wurde, ergänzt durch Kosten-Nutzen-Analysen zu den Effekten von Ambulantisierungsprozessen. Angestrebte Ergebnisse sind die Dokumentation des Verbreitungsgrades und der Ausgestaltung des „Betreuten Wohnens“ in der Wohnungsnotfallhilfe und die Analyse der Umsetzungsprozesse bei der Ablösung von einrichtungsbezogenen Sonderwohnformen durch persönliche Hilfen in Wohnungen. Ergänzt werden die Fallstudien durch eine Aufarbeitung von drei innovativen Ansätzen aus dem europäischen Ausland, durch die zusätzliche Anregungen für eine Optimierung der persönlichen Hilfen in Deutschland gegeben werden können (hier können wir unmittelbar an eine kürzlich erschienene Studie unseres Instituts anknüpfen, vgl. Busch-Geertsema 2001).

Arbeitsschritt 3: Wirkungsanalyse persönlicher und wirtschaftlicher Hilfen bei der Prävention von Wohnungslosigkeit

Im Rahmen einer Follow-up-Studie werden die Wirkungen und die Nachhaltigkeit präventiver Interventionen zur Vermeidung von Wohnungsverlusten untersucht. Dazu werden das Ausmaß und die Problemlagen von „Wiederholungsfällen“ ermittelt und die Wirkungsweisen unterschiedlicher Ansätze zur Absicherung der Nachhaltigkeit präventiver Maßnahmen untersucht. Analysiert werden auch Möglichkeiten zur bedarfsgerechten Abdeckung zusätzlicher Hilfebedarfe bei Wiederholungsfällen sowie geschlechts- und haushaltsspezifische Unterschiede in Bezug auf die nachhaltige Wirksamkeit wohnungserhaltender Maßnahmen.

In die Untersuchung einbezogen werden ausgewählte örtliche Träger der Sozialhilfe (Kommunen/Landkreise) und betroffene Haushalte. Ca. 40 Sozialhilfeträger werden zunächst schriftlich befragt, in vier lokalen Fallstudien (Orte werden noch ausgewählt) werden die Ergebnisse dann vertieft und genauer recherchiert. Themenzentrierte Interviews mit ca. 48 Frauen und Männern in ausgewählten Haushalten (in den exemplarisch untersuchten Orten), die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen waren, sollen die Problemlagen und Erfahrungen mit präventiven Hilfen aus der Betroffenenperspektive ermitteln. Dabei sollen jeweils zur Hälfte erfolgreiche bzw. erfolglose Präventionsfälle einbezogen werden.

Das Ziel dieses Arbeitsschrittes besteht darin, die Gründe für erfolgreiche bzw. erfolglose Interventionen und Reaktionsformen bei drohendem Wohnungsverlust zu untersuchen und notwendige Ergänzungen des „Hilfesystems“ auf den verschiedenen Ebenen zu ermitteln (gesetzliche Regelungen und administrative Vorgaben, Angebots- und Vernetzungsstruktur, inhaltliche Ausgestaltung der Hilfen, Finanzierung etc.).

Erwartete Ergebnisse

Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsschritte im Rahmen der Teiluntersuchung zum „Hilfesystem‘ in Wohnungsnotfällen“ haben sowohl bezogen auf die jeweils behandelten Aspekte als auch in ihrer Zusammenführung für die Weiterentwicklung von Theorie und Praxis der Hilfen in Wohnungsnotfällen eine hohe Relevanz. Vorgesehen ist, dass jeder einzelne Arbeitsschritt (im Sinne eines „Meilensteins“) mit einer Zusammenfassung der zentralen Untersuchungsergebnisse und darauf aufbauenden Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis abschließt. Jeder einzelne „Meilenstein“ soll dann einerseits in den interdisziplinären Erfahrungsaustausch und Diskussionsprozess im Rahmen des Forschungsverbundes integriert werden und andererseits die Grundlage für die nachfolgenden Arbeitsschritte in der Teiluntersuchung bilden. Dem integrativen Forschungsansatz folgend wird am Ende des Gesamtvorhabens ein alle Teiluntersuchungen zusammenführendes Gesamtresümee mit entsprechenden Empfehlungen stehen. Aus der Perspektive der „Hilfesystemforschung“ und der genannten Schwerpunktvorhaben sind dabei folgende Forschungsfragen besonders relevant:

- Welche Anforderungen ergeben sich aus einer differenzierten und lebenslagenorientierten Zielgruppen- und Bedarfsanalyse an die inhaltliche und organisatorische Optimierung und Differenzierung des „Hilfesystems“?
- Inwieweit können zielgruppenspezifische Maßnahmen der Wohnungsversorgung den Bedarf an Einrichtungen und Sonderwohnformen für Haushalte mit Wohnungsnotfallproblematik minimieren und wie kann eine optimierte Organisation präventiver und integrativer Hilfen die zielgruppenspezifische Versorgung mit normalem, abgeschlossenem Wohnraum befördern? Wie können sozialarbeiterische Hilfen und andere Unterstützungsformen im Bereich der Wohnungsversorgung sich optimal ergänzen?

Ergebnisse aus den beiden anderen Teiluntersuchungen, die zur Beantwortung dieser Fragen beitragen, ergänzen insbesondere die Arbeitsschritte zwei und drei, da die Lösung der Wohnungsnotfallproblematik nur im Zusammenspiel von zielgruppenausgerichteter Wohnraumversorgung bei gleichzeitiger persönlicher (und finanzieller) Hilfe entsprechend der jeweiligen Lebenslagen und der geschlechts- und zielgruppenspezifischen Unterstützungsbedarfe erfolgen kann.

Projektteams und Stand der Arbeiten im Forschungsverbund

Nachfolgend sind die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Projektteams aufgeführt. Die Durchführung der einzelnen Arbeitsschritte erfolgt teils parallel, teils zeitversetzt. Bislang standen die Erarbeitung einer gemeinsamen theoretischen Basis, die Präzisierung der Untersuchungskonzepte, die Erarbeitung und Abstimmung der Erhebungsinstrumente sowie die Auswahl von Untersuchungsorten im Vordergrund. Erste explorative Erhebungen wurden bereits durchgeführt.

IWU, Darmstadt:

Iris Behr (Ansprechpartnerin: Tel.: 06151 / 29 04-40; eMail: i.behr@iwu.de)

Dr. Dominique Freise

Ulrike Hacke

Dr. Ilona Mühlich-Klinger

Dr. Heinz Sautter

Dr. Rudi Ulbrich

Dr. Uwe Wullkopf (Verbundkoordinator)

GSF e. V., Frankfurt/Main:

Dr. Uta Enders-Drägässer

Dr. Brigitte Sellach (Ansprechpartnerin: Tel.: 069 / 55 51 83, eMail: enders.sellach@gsfev.de)

Matthias Zeng, Erfurt

GISS, Bremen:

Volker Busch-Geertsema

Jürgen Evers

Dr. Ekke-Ulf Ruhstrat (Ansprechpartner: Tel.: 0421 / 33 47 08-5, eMail: giss-bremen@t-online.de)

Zitierte Literatur

- Berliner Zentrum Public Health (Hg): Zu mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Erkennen und Vermeiden von Gender Bias in der Gesundheitsforschung. Deutsche Bearbeitung eines vom kanadischen Gesundheitsministerium herausgegebenen Handbuchs, erarbeitet von Margrit Eichler et al. Berlin 2002 (www.ifg-gs.tu-berlin.de/handbuchGBA.pdf)
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001; Hg.): Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn
- Busch-Geertsema, V. (1999): Homelessness and Support in Housing in Germany. Solution or Part of the Problem? National Report 1998 for the European Observatory on Homelessness, Brüssel (FEANTSA)
- Busch-Geertsema, Volker (2001): Wohnungslosenpolitik in anderen EU-Ländern. Übertragbarkeit von Konzepten und Maßnahmen auf Deutschland. Bielefeld, Verlag Soziale Hilfe
- Busch-Geertsema, Volker/Ruhstrat, Ekke-Ulf (1994): Wohnungsnotfälle – Sicherung der Wohnungsversorgung für wirtschaftlich oder sozial benachteiligte Haushalte, hg. von den Bundesministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie für Familie und Senioren, Bonn: Eigenverlag
- Busch-Geertsema, Volker/Ruhstrat, Ekke-Ulf (1995): Wohnungslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Gutachten im Auftrag der Regierungskommission 'Obdachlosigkeit, Suchtfolgen etc.', Bremen (GISS)
- Busch-Geertsema, Volker/Ruhstrat, Ekke-Ulf (1997): Wohnungslosigkeit in Sachsen-Anhalt – Umfang und Struktur von Wohnungslosigkeit in einem ostdeutschen Bundesland und Strategien zu ihrer Vermeidung und Behebung, Bielefeld: Verlag Soziale Hilfe
- Enders-Drägässer, Uta et al. (2000): Frauen ohne Wohnung. Handbuch für die ambulante Wohnungslosenhilfe für Frauen. Band 186 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart, Berlin, Köln
- Enders-Drägässer, Uta/Roscher, Sabine (2002): Berufliche Förderung von alleinstehenden wohnungslosen Frauen. Band 186.1 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart, Berlin, Köln

- Enders-Drägässer, Uta/ Sellach, Brigitte (2002): Weibliche "Lebenslagen" und Armut am Beispiel von allein erziehenden Frauen. In: Hammer, V. & Lutz, R. (Hg.): Weibliche Lebenslagen und soziale Benachteiligung. Theoretische Ansätze und empirische Beispiele. Frankfurt, New York
- Evers, Jürgen (1997): Empfehlungen des Deutschen Städtetages zur Einrichtung von Zentralen Fachstellen zur Hilfe in Wohnungsnotfällen – Verbreitung und Umsetzung des Basiskonzepts von 1987 bis 1997, Bremen (GISS)
- Evers, Jürgen (1999): Wohnungslosenhilfe zwischen Innovation und Tradition. Von der Nichtsesshaften- über die Wohnungslosen- zur Wohnungsnotfallhilfe, in: wohnungslos, Heft 3, S. 81-89
- Evers, Jürgen/Ruhstrat, Ekke-Ulf (1993): Wohnungslosigkeit im ländlichen Raum. Vom Umgang mit einem Tabu zur Reform des Systems – Die Integrierte Fachstelle zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit, Bielefeld: Verlag Soziale Hilfe
- Evers, Jürgen/Ruhstrat, Ekke-Ulf (1994): Wohnungsnotfälle in Schleswig-Holstein – Im Spannungsfeld zwischen Sozial-, Ordnungs- und Wohnungspolitik, Kiel (Ministerium für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein)
- Gesetz zur Reform des Wohnungsbaurechts vom 13. September 2001 (Wohnraumförderungsgesetz – WoFG)
- InWIS/Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum: Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. Zusammenarbeit von Gemeinden, Wohnungswirtschaft und Wohlfahrtspflege als Instrument zur Versorgung von Haushalten mit dringendem Wohnungsbedarf. Bonn 2000
- Sautter, Heinz et al. (2002): Beitrag verschiedener wohnungspolitischer Instrumente zur Schaffung ausgewogener Belegungsstrukturen. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Darmstadt: IWU
- König, Christian (1998): Machbarkeitsstudie zur statistischen Erfassung von Wohnungslosigkeit, Erhebung nach §7 BStatG; Wiesbaden, Statistisches Bundesamt
- Kreibich, V. et al. (1985): Regionale Wohnungsmarktuntersuchung Großraum Hannover. Teil II: Strukturszenario: Die Bedeutung des Sozialwohnungsbestandes für die Wohnungsversorgung und die Regionalentwicklung. Beiträge zur Regionalentwicklung. Heft 15.1. Dortmund/Hannover
- Mühlich-Klinger, Ilona/Schuler-Wallner, Gisela (2002): Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen. Endbericht zur Nachuntersuchung für das Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. (Zur Veröffentlichung vorgesehen)
- Ruhstrat, Ekke-Ulf et al. (1991): "Ohne Arbeit keine Wohnung, ohne Wohnung keine Arbeit!" Entstehung und Verlauf von Wohnungslosigkeit, Bielefeld: Verlag Soziale Hilfe
- Ruhstrat, Ekke-Ulf (1999): Sie suchen wir bieten. Lebenslagen und Klientel im Wandel – Hilfeangebote auch?, in: wohnungslos, Heft 3, S. 100-105
- Sautter, Heinz (1989): Entwicklung des öffentlich geförderten Mietwohnungsbestandes in Hessen bis 2000. Gutachten im Auftrag des Hessischen Ministeriums des Innern. Darmstadt: IWU
- Sautter, Heinz/Ulbrich, Rudi/Guder, Renate (2000): Disparitäten in der Wohnungsversorgung. Ergebnisse der Wohnförderung und Entwicklungstrends. Darmstadt: IWU.
- Schuler-Wallner, Gisela et al. (1996): Wohnungsnotfälle in Hessen. Problemumfang und Erfahrungen mit Konzepten zur dauerhaften Wohnungsversorgung. Darmstadt: IWU
- Schuler-Wallner, Gisela/Greiff, Rainer/Mühlich-Klinger, Ilona (1998): Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen. Endbericht der Forschungsassistenz im Auftrag der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Bonn. In: Werkstatt: Praxis, Nr. 3
- Sellach, Brigitte (2001): Ursachen und Umfang von Frauenarmut. Dokumentation einer Expertise, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Ersten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung erarbeitet wurde. In: Materialien zur Gleichstellungspolitik, Nr. 86/2001, Berlin
- Specht-Kittler, Thomas (1997): Wohnungslosenhilfe in der Krise. Neue Herausforderungen und die Suche nach Antworten auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, in: wohnungslos, 39. Jg., Heft 4, S. 133 -141
- Ulbrich, Rudi (1998): Wohnungsversorgung. In: Häußermann, H. (Hg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich

Ulbrich, Rudi (2000): Berechtigtenkreis im Sozialen Wohnungsbau. Endbericht zur Untersuchung im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Darmstadt: IWU